

Zur Diskussion über die Taktik.

Zu den Artikeln des Genossen Kautsky über die Taktik der Partei äußert sich Genosse Anton Pannekoek in der Bremer Bürgerzeitung in zwei Artikeln, denen wir folgendes entnehmen. Zunächst wendet er sich gegen die Auffassung Kautskys von der Schädlichkeit der Diskussion:

„Wird die Arbeiterklasse wie eine geschlossene Armee von einem obersten Kriegsrat weitblickender Feldherren geführt, die in jedem Augenblick die Aktion bestimmen und die Massen dirigieren — dann hat eine öffentliche Erörterung der Taktik keinen Zweck und bloß Nachteile. Dann erwägt der Kriegsrat die Chancen für und wider in geheimer Sitzung; keiner braucht zu wissen, und der Feind darf nicht wissen, was dort verhandelt wird. Die Massen folgen einfach den Anweisungen von oben. Liegen so die Verhältnisse bei einem Massenstreik der Arbeiter, dann hat Kautsky Recht, eine Diskussion ist dann unangebracht und schädlich.“

Anders liegt die Sache, wenn die Masse nicht bloß der Parole von oben gehorcht, sondern selber die Entscheidung treffen muß. Hängt die Anwendung dieses Mittels von der Initiative der Tatkraft, der Empörung, der revolutionären Energie der proletarischen Masse ab, dann muß auch diese Masse alle günstigen und ungünstigen Umstände kennen und selbst die Chancen für und wider beurteilen und abwägen können. Dann ist eine öffentliche Diskussion durchaus notwendig. Nur durch eine solche Diskussion können die großen beteiligten Massen, die vorausgehenden Genossen, die Distrikts- und Bezirksführer, alle, die bei einer Entscheidung mitzählen, sich die nötige klare Einsicht, den Ueberblick über alle Verhältnisse verschaffen, und so im richtigen Moment die richtige Wahl treffen. Schaden kann es dann nicht, weil alle in Betracht kommenden günstigen oder ungünstigen Momente in allgemeinen Klassenverhältnissen liegen, woran nichts zu verheimlichen oder zu verraten ist.“

Aus der Zustimmung, die die Artikel der Genossen Luxemburg überall bei den Arbeitern fanden, und aus der jubelnden Begeisterung, die ihre Reden überall auslösten, ergibt sich deutlich, daß sie nur ausgesprochen hat, was in den Herzen der Arbeitermassen lebt. Bei den Massen hat der Gedanke der Anwendung des Massenstreiks tief Wurzel gefaßt; nichts ist ihnen mehr aus dem Herzen gegriffen als Aufklärung, als eine klare Diskussion über diese Frage. Daher war es ein tödliches Beginnen von den Zentralorganen der Partei, eine solche Diskussion zu verhindern zu wollen, und es ist ein Glück für die Partei, daß die Provinzpresse sich ihrer Pflicht bewußt gezeigt hat. Ein Beitrag zu dieser Diskussion soll auch die folgende Betrachtung sein.“

Dann beleuchtet er die Frage, wie in revolutionären Bewegungen, und dies ist für ihn der preußische Wahlrechtskampf, der ökonomische Kampf mit dem politischen zusammenfließt:

„Der Massenstreik als revolutionäre Waffe besteht nicht darin, daß die Gewerkschaften großmütig einmal ihre Bataillone für ein politisches, ihnen eigentlich fremdes Ziel zur Verfügung stellen. Der Massenstreik entsteht nur, wenn er für die Gewerkschaften genau so eine erste Lebensfrage ist, wie für die Partei. Er kann nur als ureigenste Sache der Gewerkschaften ausbrechen, die im eigenen Interesse gezwungen sind, ihre Scharen genau so gegen den Staat zu führen, wie sonst nur gegen die Unternehmer. Können die Gewerkschaften sich nicht für fremde Ziele so großen Gefahren aussetzen und werden sie diese schweren Kämpfe nur durchführen, weil sie ihnen selbst nötig und nützlich sind, so wird ihnen selbst dabei auch der ganze Gewinn zufallen, die Scharen neuer Kämpfer, die der Kampf ihnen wirbt und die größere Begeisterung, Tatkraft und Opferfreudigkeit der alten Mitglieder. Bei diesen Kämpfen kann man überhaupt nur noch schwer von einem politischen und einem gewerkschaftlichen Teil der Arbeiterbewegung als zwei getrennten Dingen reden; diese Worte verlieren hier ihren Sinn; wir haben nur noch organisierte Arbeiter, die ihre kräftigsten Organisationen zugleich gegen Staat und Unternehmertum als einen einzigen Feind führen.“

Nun mag das Leben so „pedantisch“ sein, die beiden Kampfesarten auseinanderzuhalten, weil sie verschiedene Bedingungen des Erfolgs haben: die Wirklichkeit ist zugleich so dialektisch, sie durch ihre Entwicklung zusammenfließen zu lassen.“

In dem Ursprung der Kämpfe, in der engen Verzwicktheit des politischen und des wirtschaftlichen Momentes, in ihren Ursachen liegt also der Grund, weshalb in den schärfsten Formen, die der Klassenkampf immer mehr annimmt, eine strenge Scheidung politischer und gewerkschaftlicher Forderungen unmöglich ist. Nun beweist aber Kautsky, daß ihr Zusammengehen zur Schädigung der Bewegung führen muß. Träfe dies zu, so befänden wir uns in der üblen und ungewohnten Lage, dem, was die natürliche Entwicklung mit sich bringen würde, mit aller Macht entgegenarbeiten zu müssen, ohne zu wissen, ob es gelingen würde. Trifft das aber zu?

Kautsky denkt sich einen allgemeinen politischen Zwangstreik, wobei ökonomische Forderungen erhoben werden; die Unternehmergruppen splittieren durch Gewährung der ökonomischen Forderungen eine Arbeiterschicht nach der andern ab, und der Streik ist für die Arbeiter verloren. Um was für einen Streik handelt es sich hier? Man dachte ihn sich nicht mit ökonomischen Forderungen verquickt; dann kann er nur sein Ende finden in der Gewährung des verlangten politischen Rechtes, eines Rechtes, das nichts weniger als die Befreiung der Macht durch das Proletariat, der Sturz der Regierung, die politische Revolution bedeutet. Ja, aber wer glaubt, diese Revolution kann die Wirkung eines einzigen großen politischen Zwangstreiks sein?

Wenn wir über einen Zwangstreik im Gegensatz zu einem Demonstrationstreik reden, so denken wir dabei an einen Karumgrenzen, einmaligen, bewußt angewandten Akt, um ein bestimmtes Zugeständnis von der Regierung zu erzwingen. Ein solcher ist aber nur mög-

lich, wo es nicht um das Ganze geht. In Deutschland geht es aber ums Ganze; hier bedeutet eine Kapitulation der Regierung vor dem Proletariat und die Gewährung seiner wichtigsten politischen Forderungen nichts weniger als die Abdankung der Regierung selbst. Der Gedanke aber, durch einen großen Zwangstreik die politische Macht auf einmal zu erobern, ist im Grunde nichts anderes als die alte anarchoistische Generalstreikidee. Diese Idee steckt hinter dem Beispiel, woran die Hin-fälligkeit der Ausführungen der Genossin Luxemburg bewiesen werden soll.

Nichts ist wichtiger als die Formen, die in Deutschland eine Massenstreikbewegung im weiteren Verlauf der Entwicklung annehmen wird, einigermaßen klar zu erkennen. Dabei können uns aber die Beispiele aus West-europa am wenigsten dienen, denn hier ging es niemals um die ganze Herrschaft der regierenden Klasse. Eher könnte russische Streikbewegung als Beispiel dienen. Allerdings ist auch dieses Beispiel nicht ohne weiteres zu gebrauchen — nicht aus dem Grunde, wie Kautsky meint, daß in Rußland die Revolution bestand gerade in der Massenstreikbewegung, und die deutsche Revolution hat mit dem preußischen Wahlrechtskampf im Grunde schon begonnen. — Sondern der Unterschied liegt in der gewaltigen Organisationsmacht des deutschen Proletariats, wie sie in einem solchen Kampf noch nie gesehen wurde, und die ihm eine ungeheure Wucht geben wird. Daher suchen wir vergebens nach Beispielen, um uns daran einigermaßen zu orientieren, und es bleibt uns nur die theoretische Ableitung übrig.

Der Massenstreik als politisches Zwangsmittel gegen die Regierung kann hier, in dem Kampfe um die Regierung nicht ein einziger Akt sein, sondern nur ein längerer Prozeß. Er kann nur ein langes, zähes Ringen sein; das kann dann nicht ein lang andauernder einziger Streik sein — das hatten die Arbeiter selbst nicht aus — sondern es muß eine auf- und abflutende kolossale Streikbewegung sein, wobei bald hier, bald dort die Kämpfer pausieren, Atem schöpfen müssen, bevor sie sich wieder in den Kampf stürzen, wobei sie möglichst alle Kräfte zu einem gleichzeitigen Streik vereinigen, bisweilen vielleicht auch sich wieder in Einzelgefechten trennen. Eine solche Bewegung entspricht nun genau dem Typus des Massenstreiks, den wir oben erwähnten, der zugleich politischer und gewerkschaftlicher Natur ist. In einer solchen Streikbewegung, wie sie notwendig aus dem Zusammenwirken der politischen und wirtschaftlichen Momente entstehen muß, wird die Verbindung von politischen und ökonomischen Forderungen etwas Selbstverständliches sein. Und wenn darin z. B. den Bergarbeitern ihre Forderungen, die dann nicht gering sein können, durch die Fäden zugestanden werden, so ist ein solcher Sieg keine Schwächung der Bewegung, sondern eine Stärkung, die anfeuernd auf andre wirkt, ähnlich wie die ökonomischen Errungenschaften in Rußland die Kraft der politischen Bewegung nicht schwächten, sondern stärkten.

Wenn wir also zu dem Schluß kommen, daß wir den allgemeinen Betrachtungen, auf Grund derer Genosse Kautsky glaubte, die Auffassungen der Genossin Luxemburg zurückweisen zu müssen, nicht zustimmen können, so liegt der Grund darin, daß wir uns vom Massenstreik und Zwangstreik verschiedene Vorstellungen bilden.“

Vereine und Versammlungen.

Die Böttcher

hielten am 16. April im Volkshaus eine Versammlung ab. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 1. Quartal. Er wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Sodann wurde das Resultat der Umfrage zur Lohnbewegung bekannt gegeben. Die Beteiligung ist als zufriedenstellend zu bezeichnen. Es kamen Wünsche verschiedenster Art zur Sprache, die zu beseitigen unsere nächste Aufgabe sein muß. Unter andern werden in der mechanischen Böttcherei von Görnandt in Wahren schulpflichtige Kinder beschäftigt, für deren mangelhafte Arbeit die Gesellen dann haftbar gemacht werden. Hier sollen geeignete Schritte unternommen werden, um diese Ibelstände zu beseitigen. Gauleiter Fabian schilderte die Lage im allgemeinen. Kollege Ulrich gab noch den Beschluß der letzten Kartellversammlung über den Raifonds bekannt. Hieran schloß sich eine kurze Diskussion. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, sich recht zahlreich an der Raifeier zu beteiligen.

Die Steinseher

hielten am 17. April ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Karl Franke, berichtete über den Verbandstag. Nach einer lebhaften Debatte wurde eine scharfe Resolution gegen die Delegierten vom Verbandstag wegen der Diätenfrage angenommen. Weiter wurde der Verbandsaudschuß ergänzt. Es wurden die Kollegen Hermann Teube, Franz Weitsch, Albin Eichler und Koback gewählt. Als 2. Vorsitzender wurde der Kollege Max Reichsmann gewählt. Zu dem am 26. und 27. April tagenden Kongress in Berlin wurden die Kollegen K. Erbe und Emil Reiche delegiert. Für die Gefellenausschwahl wurden die Kollegen K. Erbe, R. Hermann, Albin Eichler und als Ersatzmann Max Reichsmann vorgeschlagen. Gegen einen Unternehmer, der eine Anzahl hiesiger Kollegen abgeholt und an deren Stelle auswärtige eingestellt hat, soll Beschwerde beim Stadtbaurat erhoben werden.

Die Maschinisten und Heizer

setzten in ihrer Mitgliederversammlung am 16. April die Beratung der Anträge zum Verbandstag fort. Kollege Winkler als Verbandsstagsdelegierter bemerkte, die Anträge für Vermehrung der Gauleiter seien aus finanziellen Gründen nicht akzeptabel, jedoch seien diejenigen, die die Kosten der Gaunferenzen der Verbandsklasse auslegen wollen, zu unterstützen. Wenn die den Anschluß unseres Verbands an einen Industrieverband verlangenden Anträge zum größten Teil unannehmbar seien, so erwidern sie dennoch eine Diskussion dieser Frage, ebenso für diese Frage behandelnde Artikel des Kollegen Koppe im Verbandsorgan. Ferner seien alle die Anträge, die Grenzstreitigkeiten beseitigen wollen, die ein ausführlich gehaltenes Protokoll des Verbandstages verlangen, die die Gehälter der Verbandsangestellten regeln, die die Gewerkschaftskongressdelegiertenwahl durch die Mitglieder vorgenommen verlangen, wie ein Antrag von Ludwigshafen, nach dem die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress auf den Zusammenschluß aller Gewerkschaften in zwei Arbeiterverbände hinwirken sollen, zu unterstützen. Der Verbandsstagsdelegierte Bormann benängelte die vom Verbandsvorstand festgesetzte Wahlkreiseinteilung für die Wahlen der Delegierten zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress.

In der Verschmelzungsfrage stellte er sich im Gegensatz zu Winkler auf den Boden des von diesem angelegenen Artikels. Auch alle folgenden Diskussionsredner stellten sich in der Hauptsache auf den Boden des Artikels von Koppe, ohne Widerspruch bei der Versammlung zu finden. Nach einigen weiteren Bemerkungen wurde im übrigen den die Anträge erläuternden Ausführungen Winklers allseitig zugestimmt. Unter Gewerkschaftlichem wurde mitgeteilt, daß durch die Bauarbeiteransperung etwa 10 unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Der Beschluß der Bauarbeiter auf Verzichtleistung auf die Unterstufung während der ersten 14 Tage, wurde vielseitig mißbilligt, fast alle Redner sprachen sich für die volle Unterstützung unserer von der Ausperrung betroffenen Kollegen aus, doch wurde die Beschlußfassung darüber einer Besprechung dieser Kollegen mit dem Zahlstellenvorstand überlassen. Bormann berichtete von der Ortskrankenkassee-Generalversammlung. Winkler teilte die Beschlüsse der Parteiversammlung über die Kinderstuhlkommision sowie über den Bezirksausfunds und dessen Verwaltung mit. Der Anzeiger Jahns, wiederum eine Statistik über die Verbreitung der Arbeiterpresse innerhalb der Kollegenklasse aufzunehmen, soll entworfen werden. Die Ausführung eines Familienausfluges am Himmelfahrtstage wurde einstimmig beschlossen. Der vom Geschäftsführer Bormann erstattete Kassenbericht über das 1. Quartal 1910 bilanziert in der Einnahme mit 4720.54 M., in der Ausgabe mit 4308.05 M.

Gärtner und Gelbgießer.

In einer gut besuchten Versammlung der Gärtner und Gelbgießer hielt Genosse Werker einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Soziale Kämpfe vor 300 Jahren. An Stelle des aus der Kommission ausgeschiedenen Kollegen Kreisel wurde Kollege Ohly gewählt. Die nächste Versammlung wurde bis zum 28. Mai vertagt. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, der parteipolitischen Bewegung mehr Interesse entgegenzubringen, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Die Tabakarbeiter

hielten am 16. April im Volkshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Weitzer aus Dresden als Delegierter zum Gewerkschaftskongress gewählt wurde. Ferner wurde Kollege Hoffmann einstimmig als Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt. Der Generalversammlungsvertreter der Ortskrankenkasse machte auf einige wichtige Beschlüsse der Ortskrankenkasse aufmerksam. Weiter wurde noch auf die Raifeier hingewiesen und beschlossen, auch in diesem Jahre für arbeitslose Verbandsmitglieder 1.50 Mark Ortsgehälter zu bewilligen. Für hier zugereiste ausgenommene Verbandsmitglieder soll in Zukunft eine Schlafmarke gratis verabreicht werden.

Heisler.

In der am 20. April im Volkshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung gab Kollege Brechtmann den Bericht vom Verbandtag. Kollege Rudolph ergänzte den Bericht. Brechtmann berichtete dann noch über die Beschwerde gegen Geisel. Dann beschäftigte man sich nochmals mit der Verlegung des Arbeitsnachweises. Rudolph bemerkte, daß der Vorstand nach langer Erwägung dazu gekommen sei, ein eigenes Bureau zu errichten. Nach ausgiebiger Debatte lehnte die Versammlung den Antrag des Vorstandes ab. Erriehung eines eigenen Bureaus ab. Rudolph schlug vor, dann den Nachweis in die Kolonnen des Volkshauses zu verlegen, was angenommen wurde. Mit der Föhrung des Nachweises wurden die Kollegen Brodmerkel und Rudolph betraut; als deren Stellvertreter wurden die Kollegen Diege und Herrmann ernannt. Ein Antrag auf eine Entschädigung für die betreffenden Kollegen, wurde dem Vorstand überwiesen. Nachdem verlas der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal 1910. Die Einnahme für die Hauptkasse beträgt 988.70 Mark, die Ausgabe 280.90 Mark; die Einnahme für die Ortskasse 1048.20 Mark, die Ausgabe 455.05 Mark. Es bleibt ein Bestand von 888.16 Mark. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierauf berichtete Kollege Brodmerkel über die letzte Kartell-sitzung und gab die Beschlüsse über den Raifonds und die Stellungnahme des Kartells zur Lage der Kollegen bei der Firma Riser-Mendnis bekannt. Unter Verschiedenem ersuchte Rudolph die Kollegen, an der Raifeier teilzunehmen.

Schneider.

In einer am Montag, den 18. April, abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung hielt Dr. Simon einen Vortrag über: Geschlechtsverkehr, Ehe und Prostitution. Bei der Wahl eines Delegierten zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress wurden für Ploog 188, für Weider 4, für Kirchhoff-Dresden 2 und 5 ungültige Stimmen abgegeben. Im Verschiedenen wies Kollege Peter darauf hin, daß es sich für die Mitglieder der Ortsklasse empfehle, wenn sie arbeitslos werden, die freiwillige Versicherung fortzuführen. Kollege Ploog wies auf die Beschlüsse der letzten Kartellversammlung bezüglich der Schaffung des Raifonds hin und forderte die Mitglieder auf, die beschlossenen Beiträge zu zahlen. Ferner ersuchte er um pünktliche Meldungen bei Wohnungswechsel, An- und Abreise, sowie bei Krankheit. Das diesjährige Sommerfest findet am dritten Pfingsttage im Volkshaus statt.

Die Kürschner Röhhas

hielten am 16. d. M. in Stadt Leipzig in Röhhas eine Kürschner-versammlung ab. Ausgenommen wurden Marie Meier und Albert Glück. Im Namen der Tarifkommission berichtete Kollege Sanisch über den Verzicht auf den Sonnabend und über den Berliner Streik. Ferner erläuterte er den jetzt bestehenden Maschinentarif. Die Maschinendöhne stehen tief unter dem Kürschnertarif. Die Kollegen wurden aufgefordert, sich an der Raifeier stark zu beteiligen. Die Genossen sammelten sich 1/2 Uhr im Gasthof Stadt Leipzig in Röhhas. Um 2 Uhr erfolgte der Abmarsch mit Musik nach Großdeuben zur Versammlung. — Unter Gewerkschaftlichem wurde das Gebahren der Göttinger Kollegen der Redaktion des Kürschner gegenüber kritisiert. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute in Stadt Leipzig in Röhhas tagende Verbandsversammlung der Kürschner und Hilfsarbeiter verurteilt die Angriffe der Göttinger Kollegen auf das schärfste. Die Versammlung spricht der Redaktion des Kürschner ihr volles Vertrauen aus und fordert Kollegen Rede auf, in seiner Redaktionsstätigkeit so weiter zu arbeiten wie bisher. — Die Lehrlingskassa fehlt noch aus verschiedenen Werkstellen. Die Werkstellenvertreter werden aufgefordert, die Kassa sofort an den Vorsitzenden abzuliefern. Die Mitglieder des Streikkomitees erhalten pro Tag 2 Mark Entschädigung.“

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

- Speisekart I (Sohnantplatz): 20 Eier und Wöhrn mit Schwarzkaffee.
Speisekart II (Zöbelschale 1): 20 Eier mit Weißkaffee.
Speisekart III (Sohnantplatz): Souvert mit Weißkaffee.
Speisekart IV (Altepoststraße): 20 Eier mit Schwarzkaffee.
Speisekart V (Maximilianstr. 55): Reis mit Weißkaffee.
Speisekart VI (Neue Gasse Str.): 20 Eier mit Wöhrn.

Goldisan
bestor Ersatz für echten Goldschmuck, starke 14 karätige Goldauflage, 10 jährige urkundl. Garantie für gutes Tragen, sonst verbürgter Umtausch. Elegante Original-Ehrlos. Billige Preise. Erhältlich in Goldwarenhandlungen.